

Linke Positionen für eine soziale Schweiz statt politischer Ratlosigkeit

Autor(en): **Daguet, André**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **81 (2003)**

Heft 2

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341756>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Linke Positionen für eine soziale Schweiz statt politischer Ratlosigkeit

Die politische Landschaft der Schweiz ist in Bewegung. Die These von zwei verschiedenen Schweizen, welche heute die Öffentlichkeit polarisieren, ist aufgrund der Wahlen und Abstimmungen der letzten zehn Jahre plausibel. Dass FDP und CVP, verunsichert durch die SVP-Wahlerfolge, auf diese Entwicklung konfus,

André Daguet

widersprüchlich und ohne stringente nachvollziehbare Strategie reagieren, ist überhaupt nicht erstaunlich. Wenn sich dagegen die SP und die Linke, aufgeschreckt durch das letzte Abstimmungswochenende, selber verunsichern, ist es höchste Zeit daran zu erinnern, dass ohne starke linke Bewegung die Schweiz nicht sozialer wird.

These 1:

Die SVP ist realpolitisch bei weitem nicht so erfolgreich wie das Image der Partei in den Medien und in der Öffentlichkeit.

Blocher und Co. verstehen das populistische Handwerk ganz einfach weit besser als alle andere Parteien, einschliesslich der linken Parteien in der Schweiz. Dennoch: Die SVP ist realpolitisch bei weitem nicht so erfolgreich wie das Image der Partei in den Medien, das seit Mitte der neunziger Jahre viele eingebettete Journalisten verbreiten, die sich für Blocher, seine SVP und dessen grössten Abzocker Martin Ebner die Finger während Jahren wund geschrieben haben.

Die politische Bilanz der SVP ist vielmehr äusserst mager, wenn wir die Zahl der verlorenen strategisch relevanten Abstimmungen, die Zahl der gescheiterten Exekutivwahlen auf kantonaler und kommunaler Ebene sowie das mediokre politische SVP-Führungspotential in Bund, Kantonen und Gemeinden in Betracht ziehen.

Die SVP weist auf nationaler Ebene nicht einmal einen Wähleranteil von einem Viertel aus, ist nicht stärker als die SP und hat sich ihren Zuzug an WählerInnen seit zehn Jahren praktisch ausschliesslich über die vollständige Absorption der Rechtsausserparteien, Schweizer Demokraten und Autopartei sowie der Rechten von CVP und FDP alimentiert.

These 2:

Umgekehrt stimmt: Die SVP nimmt eine hegemoniale Position innerhalb des bürgerlichen Lagers ein, derweil FDP und CVP durch ihre Führungsschwäche in der Politlandschaft herumeiern.

Mit ihrem rechtspopulistische Programm der Abschottung der Schweiz und der Fremdenfeindlichkeit verhindert die SVP nicht nur den sozialen Fortschritt in der Schweiz, sondern hat durch ihre hegemoniale Stellung innerhalb des bürgerlichen Lagers eine eigentliche Krise von FDP und CVP ausgelöst. Dass die beiden Parteien, verunsichert durch die Wahlerfolge der SVP, seit Jahren konfus, widersprüchlich und ohne klar nachvollzieh-





bare Strategie reagieren, erstaunt nicht angesichts der Führungsschwäche beider Parteien, spätestens seit dem durch Filz und Abzockereien ausgelösten freien Fall der mit der FDP und CVP verbandelten Wirtschaftselite. Der gnadenlose Absturz von Andres Leuenberger, der langjährigen Vorzeigefigur der Schweizer Wirtschaftsbosse, spricht Bände.

These 3:

Die SVP wird ihre jetzige hegemoniale Rolle rechtsausen nur so lange halten, als Blocher als der einzige reale Kopf der herrschenden SVP in der Politik verbleibt. Dann ist Schluss mit dem politischen Marionettentheater.

Parteipräsident Ueli Maurer ist eine Marionette von Blocher, was auch immer Köppels Weltwoche schreibt. Maurer und die durch Blochers Schutzschirm gedeckte Zürcher Führungsschicht im rechten Sumpf von Auns und anderen rechtsextremen Bewegungen werden ihre Marionettenrolle solange spielen, als Blocher der SVP die Politik diktiert. Sie werden den Abgang von Blocher politisch nicht überleben. Die SVP verfügt national, kantonale und kommunal im rechten Spektrum über derart wenig qualifizierte politische Kader, dass mit dem Ausscheiden von Blocher und seiner Millionenspenden die SVP an der Rechtsausenfront rapide bröckeln wird.

Die fähigeren Köpfe der SVP auf nationaler Ebene wollen ihre politischen Rollen nicht aufs Spiel setzen. Doch im Hintergrund wird die Ablösung der Prätorianergarde von Blochers Gnaden bereits jetzt vorbereitet. Das wird die Politlandschaft zwischen SVP, FDP und CVP noch einmal heftig durchschütteln.

These 4:

Für die Linke in der Schweiz gilt weiterhin: Links der SP gibt es kein politisch relevantes nationales Projekt. Und bei den Grünen dominiert die politische Un-

klarheit wie seit langem nicht mehr.

Links der SP gibt es kein politisch relevantes nationales Projekt. Diese These, die im Januar 1996 von Peter Bodenmann zusammen mit dem Autor dieses Artikels 1996 in der Roten Revue publiziert worden ist, hatte damals eine breite politische und kontroverse Diskussion provoziert. Für die Einschätzung sieben Jahre später gilt weiterhin: Es gibt kein relevantes nationales politisches Projekt links der SP. Und auch eine zweite These hat unverändert Gültigkeit: Die soziale Frage bleibt die grösste Herausforderung für die Linke und die Gewerkschaftsbewegung in der Schweiz. Diese Feststellung gilt heute nach dem jüngsten Angriff von Sozialminister Couchepin auf Rentenalter, AHV-Rente, BVG-Rente und die Krankenversicherung erst recht. Die Frage, die sich dabei stellt: Hat die SP und die Linke insgesamt gelernt, mit dieser politischen Einschätzung richtig umzugehen?

Wichtig für die Linke in der Schweiz ist die Erfahrung der neunziger Jahre: Die SP hat ihren grössten historischen Wahlsieg seit 1918 im Herbst 1995 errungen, weil die Partei mit linken Positionen angetreten ist, die soziale Frage ins Zentrum ihrer Politik gestellt hat und damit die politische Zuspitzung zwischen rechts und links mit Erfolg vollzogen hat.

Die Grünen, die soeben das zwanzigjährige Jubiläum begossen haben, streiten heute darüber, ob sie sich von der Linken wieder verabschieden sollen. Das Streitgespräch zwischen zwei wichtigen Exponenten der Grünen, Ruth Genner und Bernhard Pulver in der Berner Zeitung vom 24. Mai ist sehr aufschlussreich. Bernhard Pulver im Originalton: «Ich finde, die GPS sollte sich aus der Links-rechts-Konfrontation heraushalten.» Und Ruth Genner: «Ich spreche hier lieber über politische Entscheidungskriterien als vom Rechts-links-Schema.»

Die soziale Frage bleibt die grösste Herausforderung für die Linke.

These 5:

Der Versuch, die SP politisch in der Mitte zu positionieren, war keine brauchbare Antwort in den achtziger Jahren, und ist es schon gar nicht auf die Politik der Rechten heute.

Schon in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre hat ein sozialdemokratischer Arbeitskreis, vorwiegend SP-Bundesbeamte, mit ihrer Schrift «Sozialdemokratie 2000» den Versuch unternommen, die Partei in der Mitte neu zu positionieren und sich aus dem politischen Schema von linker und rechter Politik zu verabschieden. Ihr politisches Rezept der Modernisierung, unter anderem mit dem Abbau direktdemokratischer Institutionen, das Abschminken linker Positionen, z.B. in der Armeefrage, und die damit verbundene Öffnung für neue Mittelschichten blieben ohne nachhaltige Wirkung, ganz einfach weil die Realanalyse nicht stimmte. Die politische Mitte ist kein politischer Standort, sondern eine virtuelle Konstruktion des Unpolitischen. Der Versuch, sich aus dem politischen Schema von links und rechts zu verabschieden, entbehrt einer sauberen Analyse der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Realentwicklung. Nicht weniger zum politischen Flop geworden ist das «Gurtenmanifest» vom Mai 2001, das inhaltlich und analytisch aber noch dünner war als der erste Versuch einer politischen Neuorientierung nach rechts in den achtziger Jahren.

These 6:

Um eine hegemoniale linke Politik zu entwickeln, steht sich die politische Linke in der Schweiz vorab selber im Weg, solange sich linke Parteien und kleinere Politsekte über den hegemonialen Anspruch innerhalb der Linken streiten.

Die Zersplitterung der Linken in der Schweiz, namentlich die fortlaufende Spaltungsbewegung innerhalb politischer

Gruppierungen links der SP, trägt oft die Züge eines politischen Sektarismus, der für die Durchsetzung der Grundwerte einer sozialen Schweiz wenig hilfreich ist. Für eine soziale Schweiz braucht es eine starke Linke in der Schweiz, die in der Lage ist, eine linke politische Debatte zu führen, sich aber nicht in einem Kleinkrieg über dogmatisierte Positionen selber lähmt, wie dies z.B. in jüngster Zeit mit der Abspaltung des «Mouvement pour le socialisme» aus der Solidarité oder mit den politisch sterilen Querelen von ExponentInnen des Oltner Bündnisses mit der Sozialdemokratie geschehen ist. Statt sich auf eine linke politische Plattform zu einigen, findet ein politischer Kleinkrieg statt, der nicht mehr den Kampf um die soziale Schweiz stärkt, sondern ein gemeinsames politisches Projekt der Linken hintertreibt.

Und oft ebenso schwer tut sich die SP und die politische Linke insgesamt gegenüber der Gewerkschaftsbewegung, die spätestens seit Mitte der neunziger Jahre als soziale Bewegung und politische Kraft des Landes an Profil gewonnen hat. Die Gewerkschaften sind die grösste soziale Bewegung der Schweiz, die nicht nur in der Gesamtarbeitsvertragspolitik die entscheidende Rolle spielt, sondern ihrerseits das grösste politische Mobilisierung- und Vetopotential im Kampf um eine soziale Schweiz und gegen den massiv drohenden Sozialabbau repräsentiert.

These 7:

Die soziale Frage ist die entscheidende Frage, welche die Menschen in der Schweiz bewegt. Das definiert die Position der SP als linke politische Kraft im Bündnis mit der Gewerkschaftsbewegung.

Was vor sieben Jahren in der Analyse der politisch-gesellschaftlichen Situation der neunziger Jahre galt, zeigt sich heute in noch grösserer Schärfe als in der Krise der neunziger Jahre:

**Der politische
Kleinkrieg inner-
halb der Linken
schwächt den
Kampf um die
soziale Schweiz.**

- Immer mehr Menschen auch in den industrialisierten Ländern werden pauperisiert und marginalisiert. Praktisch alle Gesellschaften werden unsozialer, obwohl die wachsende ungleiche Verteilung der Einkommen und Vermögen das Wachstum behindert.
 - Wir brauchen eine nachhaltige und wachstumoriente Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, um den offenen und schleichenden Sozialabbau zu stoppen, die soziale Sicherung zu stärken und die Lohn- und Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern endlich durchzusetzen. Die These stimmt: Die Totengräber des Wachstums sind nicht die Gewerkschaften und die politische Linke, sondern die Parteien der Rechten und der Wirtschaftsdachverband Economie Suisse.
 - Der Erhalt des Service public gegen die Politik der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung ist ein Angelpunkt linker Politik. Dass diese Auseinandersetzung für die Linke nicht nur zentral, sondern auch erfolgreich sein kann, haben die Abstimmungserfolge gegen das EMG und andere Vorlagen in der Elektrizitätswirtschaft gezeigt.
 - Der radikale ökologische Umbau zahlt sich ökonomisch aus und generiert Beschäftigung. Und dennoch ist er in den letzten zehn Jahren nicht wesentlich vorangekommen. Im Gegenteil: Weite Teile der Wirtschaft haben den ökologischen Umbau bisher erfolgreich verhindert, obschon er für Industrie und Gewerbe in der Schweiz eine der spannendsten wirtschaftlichen und technologischen Herausforderungen wäre.
- ralen Theorien und Dogmen der Bürgerlichen und der Arbeitgeber nicht kompatibel ist. Die SP und die linke Bewegung insgesamt muss wieder lernen, einen politischen Diskurs zu pflegen, den uns die politische und ökonomische Analyse nahe legt. Die schleichende Übernahme politischer und ökonomischer Diskurse der politischen Rechten oder der Arbeitgeberverbände hilft uns nicht weiter und macht uns zu Gefangenen einer bürgerlichen Logik. Hier müssen wir unsere eigenen politische Logik entgegensetzen:
- Die Finanzierung der AHV als das effizienteste System der Altersvorsorge ist auch langfristig nicht gefährdet, sondern bedarf im Gegenteil eines Ausbaus zur existenzsichernden Rente, unter anderem mit der 13. Monatsrente, ohne Rentenaltererhöhung und einschliesslich einer sozialverträglichen Flexibilisierung des Rentenalters ab 62 oder 60 Jahren.
 - Mehr Lohngerechtigkeit durch höhere Einkommen für tiefere und mittlere Einkommensgruppen sind wirtschaftlich und volkswirtschaftlich keine Belastung, sondern fördern das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung.
 - In Zeiten der wirtschaftlichen Krise braucht es aus sozialen und ökonomischen Gründen nicht neoliberale Sparprogramme und Steuerentlastungen für höhere Einkommen, sondern eine anti-zyklische Finanz- und Geldpolitik mittels vorgezogener öffentlicher Investitionen und branchenbezogener Impulsprogramme.

These 8:

Die Linke muss wieder lernen, ihre eigene Sprache zu pflegen. So wie das die SVP seit Jahren mit Erfolg tut.

Die Linke hat ihre eigene ökonomische Analyse und Logik, die mit den neolibe-

<p>André Daguét, Jg. 1947, lic.rer.pol., Vizepräsident der Gewerkschaft Smuv, bis 1996 Generalsekretär der SP Schweiz, lebt in Bern.</p>
--